

in gleichlautenden vereinbarten Erklärungen die gegenwärtig bestehenden Grenzen in Europa anerkennen.

Wir schlagen vor, daß die Regierungen der beiden deutschen Staaten vertraglich die Herabsetzung ihrer Rüstungsausgaben um jeweils die Hälfte vereinbaren.

Wir schlagen vor, daß die Regierungen der beiden deutschen Staaten ihren Verzicht auf Besitz, Verfügungsgewalt oder Beteiligung an der Verfügungsgewalt über Atomwaffen in jeglicher Form erklären. Zugleich vereinbaren und versichern sie verbindlich in gleichlautenden und gleichzeitigen Erklärungen ihre Bereitschaft zur Teilnahme an einer atomwaffenfreien Zone in Europa.

Wir schlagen vor, daß sich die Regierungen beider deutscher Staaten für die Herstellung normaler Beziehungen beider deutscher Staaten zu allen anderen europäischen Staaten und für die Herstellung diplomatischer Beziehungen aller europäischer Staaten zu beiden deutschen Staaten einsetzen.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei hat sich in einem Brief an die Delegierten des VII. Parteitages unserer Partei gewandt. Gleichzeitig hat der westdeutsche Bundeskanzler Kiesinger anläßlich des VII. Parteitages der SED eine Regierungserklärung im westdeutschen Bundestag abgegeben. Im Brief des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei, der ebenso wie die Erklärung des Herrn Kiesinger den Delegierten vorliegt, heißt es unter anderem:

„Bei Prüfung der Erklärung der Bundesregierung werden Sie feststellen, daß es sachliche Berührungspunkte zu den zehn Punkten geben könnte, die der Erste Sekretär des ZK, Walter Ulbricht, in seiner Neujahrsansprache als unvermeidliche Schritte, die zuallererst gegangen werden müssen,¹ bezeichnet hat. Freilich mit diesem grundlegenden Unterschied: Wir gehen davon aus, daß keine Seite der anderen unzumutbare Vorbedingungen stellt. Diese Grundhaltung allein kann eine innerdeutsche und europäische Entspannung herbeiführen.“

Bekanntlich habe ich die zehn Punkte in der Neujahrsansprache als staatliche Vorschläge der DDR der deutschen und der Weltöffentlichkeit unterbreitet. Die sozialdemokratische Führung erklärt jetzt nach dreieinhalb Monaten, sie sehe darin sachliche Berührungspunkte. Das Nächstliegende wäre aber doch gewesen, schon im Januar mit Verhandlungen der gleichberechtigten Partner, der Regierung der DDR und der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik, über diese unsere Vorschläge zu be-